

Stellungnahme des Personalrats der Lehramtsanwärter*innen in Berlin

Ausbildungsunterricht muss Ausbildungsunterricht bleiben!

Eine geplante Erhöhung der selbständigen Unterrichtsverpflichtung für Lehramtsanwärter*innen ist keine Lösung für den Lehrkräftemangel!

Wir als Personalrat der Lehramtsanwärter*innen (PRLAA) sind schockiert und bestürzt über die Forderung der Bildungssenatorin, dass Lehramtsanwärter*innen zusätzliche Lehrkräftestunden übernehmen sollen, um den akuten Lehrkräftemangel zu kompensieren. Diese Forderung wird unter dem Deckmantel der "Solidarität" vorgebracht, doch sie offenbart eine tiefgreifende Ignoranz gegenüber den Ausbildungsbedürfnissen und der bereits enormen Arbeitsbelastung von uns Lehramtsanwärter*innen.

Kritik an der aktuellen Forderung: Ausbildungsqualität und Gesundheit der Referendar*innen leiden

Unsere derzeitige Ausbildungsstruktur ist darauf ausgelegt, dass wir Lehramtsanwärter*innen in einem betreuten und unterstützenden Umfeld lernen und wachsen können. Dies beinhaltet eine Kombination aus selbstverantwortlichem Unterricht, angeleitetem Unterricht mit gemeinsamer Planung mit erfahrenen Fachkolleg*innen, mit regelmäßigem Feedback von Mentor*innen sowie Hospitationen bei erfahrenen Lehrkräften. Diese Elemente sind essenziell für eine qualitativ hochwertige Ausbildung und somit für die Unterrichtsqualität an Berliner Schulen.

Schon jetzt äußern sich viele Referendar*innen kritisch, da sie an den Schulen nicht ausreichend betreut werden können, weil dafür keine Stunden vorgesehen sind. Ob es Mentor*innen gibt oder nicht, liegt demnach daran, ob an den Ausbildungsschulen engagierte Kolleg*innen diese freiwillige Mehrarbeit leisten können und wollen. Wir als Personalrat haben schon im Vorfeld darauf hingewiesen, dass eine durchgehende Betreuung notwendig ist und diese durch Entlastungsstunden sichergestellt werden muss.

Die jetzt von der Bildungssenatorin Günther- Wünsch vorgeschlagene Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung widerspricht diesem Prinzip und gefährdet nicht nur die Qualität der Ausbildung, sondern auch unsere Gesundheit in der bereits jetzt schon belastenden Situation.

Eine Umfrage des vorherigen Personalrats vom Sommer 2023 hat ergeben, dass viele Lehramtsanwärter*innen bereits jetzt überlastet sind und gesundheitliche Probleme haben, die auf die Arbeitsbelastung im Referendariat zurückzuführen sind. Die Umfrage, bei der ca. 700 Lehramtsanwärter*innen Berlins teilgenommen haben, hat folgende Ergebnisse gezeigt, die dem Senat auch bekannt sind:

- **Arbeitszeit und Ruhephasen:** 68 % der Befragten sind der Meinung, dass das Verhältnis von Arbeitszeit und Ruhephasen unausgewogen ist.
- **Zeit für persönliche Aktivitäten:** 69 % geben an, dass sie nicht genügend Zeit für sich, soziale Kontakte, Hobbys oder Sport haben.
- **Stress:** 93 % haben stärkere Stressmomente oder -phasen im Referendariat erlebt.
- **Gesundheitliche Folgen:** 82 % der Befragten leiden unter gesundheitlichen Problemen wie Schlaf- oder Magenbeschwerden, die auf den Stress im Referendariat zurückzuführen sind.

Unsere Forderungen und Vorschläge an die Bildungssenatorin

Eine generelle Erhöhung der selbständigen Unterrichtsverpflichtung für Lehramtsanwärter*innen ist keine Lösung für den Lehrkräftemangel!

Um die Ausbildungsbedingungen zu verbessern, fordern wir stattdessen:

1. **Bessere Betreuung:** Mehr Unterstützung für Lehramtsanwärter*innen durch erfahrene Mentor*innen. Dafür müssen den Mentor*innen entsprechende Stunden zur Verfügung gestellt werden.
2. **Freiwilligkeit und Vergütung:** Lehramtsanwärter*innen, die sich in der Lage fühlen, mehr zu unterrichten, **soll** dies auf freiwilliger Basis und gegen entsprechende Vergütung ermöglicht werden, wie es in anderen Bundesländern bereits der Fall ist.
3. **Erhöhung der Bezüge:** Eine deutliche Anhebung der Bezüge für Lehramtsanwärter*innen über die geplante Anpassung zum 1. November 2024 hinaus. Die geplante Anpassung ist unzureichend und berücksichtigt nicht die steigenden Anforderungen und die hohe Belastung.

4. **Einbindung des Personalrats:** Eine Einbeziehung des Personalrats in die Entscheidungsprozesse und eine frühzeitige Information über geplante Maßnahmen.

Fazit

Der gegenwärtige Schritt der Bildungssenatorin läuft der notwendigen Qualitätssteigerung der Lehrkräfteausbildung entgegen und führt zu einer zusätzlichen Belastung von uns Lehramtsanwärter*innen. Wir sehen die Gefahr, dass diese Maßnahme dazu führt, die Attraktivität des Berufs weiter zu reduzieren, wodurch viele das Referendariat aufgrund von Überlastung abbrechen werden oder den letzten Ausbildungsabschnitt gar nicht erst antreten. Es ist dringend erforderlich, andere Lösungen für den Lehrkräftemangel zu finden, die nicht auf Kosten unserer Ausbildungsqualität und unserer Gesundheit gehen.

Wir appellieren an die Bildungssenatorin und den Senat von Berlin, die vorgeschlagene Maßnahme zu überdenken und, auch im Sinne der Fürsorgepflicht, unsere Forderungen für eine qualitativ hochwertige Lehrkräfteausbildung, die gesunde und motivierte Lehrkräfte hervorbringt, zu implementieren.

Berlin, 24.05.2024

Personalrat der Lehramtsanwärter*innen Berlin (PR LAA),
Bernhard-Weiß-Str. 6, 10178 Berlin, mail@pr-laa.de